

männlicher Thätigkeit bestimmt gewesen wäre, wenn Friedrich III. früher und für eine längere Zeit, als es der Fall war, zur Regierung gelangt wäre.

Der französische Vorkämpfer in Berlin, Herr Herdette, wird, wie in diplomatischen Kreisen mit Bestimmtheit verlautet, seinen Posten, den er 10 Jahre hindurch unter wiederholt recht schwierigen Verhältnissen mit großem Geschick bekleidet hat, zu Beginn des Sommers verlassen. In der radikalen Presse seines Heimatlandes ist er wiederholt wegen seiner „Deutschfreundlichkeit“ lebhaften Angriffen ausgesetzt gewesen: dieser Umstand charakterisiert die Richtung seiner Thätigkeit in Deutschland. Voraussetzlich wird es nicht an Bemühungen fehlen, ihm einen Nachfolger aus den allfranzösischen, mit den Jesuiten und ihren Bestrebungen eng verknüpften „Arbeitsfamilien“ zu geben unter dem Vorwande, daß ein solcher Vorkämpfer in Berlin bessere Anknüpfungen fände. Von solchen bedenklichen „Anknüpfungen“ haben wir in Berlin i. J., wie die Berl. N. N. schreiben, Proben gehabt. Wir glauben daher, daß Fürst Hohenhausen über diesen Punkt genau so denken wird, wie Fürst Bismarck, und bei der Neubestellung des Vorkämpferpostens alle in der angebotenen Richtung sich bewegenden Vorschläge rundweg ablehnen wird.

In Marinekreisen ringen, so wird der „Kön. Volksg.“ geschrieben, zwei Ertüchtungen, eine extreme und eine gemäßigte, um die Herrschaft. Als Haupt der gemäßigten Richtung gilt der Marine-Sekretär Hollmann, als Führer der Extremen der Chef des Marine-Kabinetts des Kaisers, Freiherr v. Soden-Dibran. Uns will scheinen — bemerkt dazu die „Freis. Stg.“ —, als ob die Schilderung des Herrn Hollmann als Haupt einer „gemäßigten Richtung“ darauf berechnet ist, die großen Neuforderungen Hollmanns in dem diesjährigen Marineetat zu untergraben.

Die Engländer haben wieder einmal deutsche Rechte und Interessen in höchst bedenklicher Weise verletzt. Mit der neuesten Afrika-Politik wird aus Sanitar darüber Folgendes mitgeteilt: Die großbritannische Regierung hat die ostafrikanische Küste, soweit sie britischen Schutze untersteht, also zwischen dem italienischen Schutzbereich im Norden und dem deutschen Schutzbereich im Süden, in drei Provinzen geteilt, die Juba, Lana und Wombasa benannt worden sind. In die Provinz Lana ist das bisherige Protectorat of Witu und das der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft gehörende Witu-Landgebiet aufgenommen bzw. einverleibt worden, und die bisherige amtliche Bezeichnung „Protectorat of Witu“ ist damit in Wegfall gekommen. Dies bedeutet die völlige Beseitigung des Witu-Sultanates und die offene Verletzung aller Privat- und Hoheitsrechte, welche die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft in jenem Teile des Witu-Landes in vollkommener rechtsgültiger Form erworben hatte. In weiterer Folge dieser Nichtachtung deutscher Rechte hat die britische Regierung sich nicht nur die Gerichtsbarkeit über die in dem Lande der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft lebenden Eingeborenen, sondern auch über die dort anässigen deutschen Staatsbürger anmaßt und hat diese mit gerichtlichen Zwangsmitteln bedroht. Diese Dinge sind so ernster Natur, daß sie in den bevorstehenden Colonialdebatten des Reichstags nicht werden umgangen werden können.

Magistrat und Volksschule. In einem Prozeß, den die Stadt Breslau gegen den Volksschule angeklagt hatte, erkannte am Sonnabend die dritte Civilkammer des Breslauer Landgerichts nach dem Klageantrag des Magistrats, daß der Volksschule nicht berechtigt sei, ohne Genehmigung der Stadt über öffentliche Straßen und Plätze Drähte zu ziehen.

Ausland.

England. London, 2. März. Zur Begründung der Flottenvermehrung (den Plan haben wir bereits in der heutigen ersten Ausgabe unter England mitgeteilt — Red. d. N. N.) führte der erste Lord der Admiralität, Goschen, gestern im Unterhause aus:

Die Kosten der ganzen, seit dem Jahre 1894/95 begonnenen Neubauten würden 28-29 Millionen betragen und die Kosten des Unterbaus der Flottenvermehrungs-Acte gelte bei, betragen 31 Millionen, es ergebe sich also von 1890-1899 eine Gesamtaufgabe von 60 Millionen für Neubauten und Ausrüstung. Goschen erklärte dann, er unterbreite diese Vorschläge dem Hause nicht im Sinne von Ueberzeugung und Ueberzeugung, die Vorschläge bedeuteten nicht eine Herausforderung, sondern würden zum Zwecke der Selbstverteidigung gemacht. Die Vorschläge wären begründet durch die besonderen Lebensbedingungen Englands, welche nicht die anderer Länder seien. England habe keine weit zerstreuten Besitzungen, die Bedingungen seiner Abwehrmittel-Infanterie, seine Colonialisierungen und die Sicherheit seiner eigenen Küsten in Betracht zu ziehen. Wenn fremde Mächte diese Vorschläge in die Erörterung zögen, würden sie dieselben nicht mit den Anforderungen für ihre eigenen Flotten vergleichen. (Sehr gut — Red. d. N. N.) Die englische Flotte seien die Armee des Meeres, England an seinen Grenzen auszuheilen. Andere Mächte sorgten für große militärische Stützungen, während England für seine Flotte sorgte. Die gegenwärtigen Vorschläge sollten weder die Sicherheit noch die Unabhängigkeit in Anspruch nehmen, doch sie nicht mehr ihre, als für die Selbstverteidigung Englands benötigt sei. Goschen schloß: „Einige meiner Aeußerungen sind dahin mitzuberücksichtigen worden, als hätte ich gesagt, daß England gleichgültig wäre gegen die Freundschaft der auswärtigen Mächte. Nicht hat mir ferner gelegen. Die heute gemachten Vorschläge dementieren in Wahrheit, daß wir keinewegs gleichgültig sind gegenüber der Freundschaft anderer Mächte, da diese Vorschläge ja uns gerade zu einem wertvollen Freunde machen. In diesem Sinne ist es nicht die ganze Zeit ohne Verbindung zu fragen haben, oder ob wir bei irgend einer Störung des europäischen Friedens unseren Platz haben an der Seite anderer Mächte, was wir unter allen Umständen wünschen, ist, daß unsere Flotte das Vertrauen unseres Landes in seine eigene Macht darstelle.“ (Beifall)

Auf Antrag Balfours wird die Beratung vertagt.

Die Bedingungen des Präsidenten Krüger. Nach einer Meldung der „Times“ waren die Bedingungen, welche Präsident Krüger an seine Reise nach London knüpfte, folgende: Abschaffung der Convention von 1864, Abschluß eines Handels- und Freundschaftsvertrages, in welchem Großbritannien als dominante Macht in Südafrika anerkannt wird, Incorporation von Swasiland in Transvaal, Bürgerrecht für die Unabhängigkeit Transvaals, die Abtretung des Vorkämpferpostens von Kosi und Delagoa Bay an Transvaal, dagegen würden die Umländer das Wahlrecht erhalten. Die Nachricht klingt wenig wahrscheinlich.

Die Nachrichten klingen wenig wahrscheinlich.

Locales und Sächsisches.

Dresden, den 4. März.

Se. Majestät der König hat das Geschick eines Anzahl hiesiger Großindustrieller unter der Führung des Herrn Geh. Reg.-Rath Professor Dr. Böhmert um Gewährung einer Audienz abgelehnt. Die Herren beabsichtigen Se. Majestät auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die unserem sächsischen Vaterlande durch die Einführung des neuen Wahlgesezes drohen.

Se. Majestät der König hat dem ersten Rathe bei der Kreisbauernschaft zu Jindau, Geheimen Regierungsrath Ficker, das Comthurkreuz 2. Klasse vom Albrechtsorden verliehen.

Bei Ihren Königl. Hoheiten dem Prinzen und der Frau Prinzessin Johann Georg fand Montag, Nachmittags halb 6 Uhr, im Palais Vartstraße eine größere Tafel statt, zu der die nachgenannten Herren mit Einladungen beehrt worden waren: Ihre Excellenzen der Staatsminister v. Soden, der Staatsminister v. Bagdorf und der Generaladjutant Generalleutnant v. Windwig, ferner der erste Vicepräsident der Zweiten Ständekammer Oberbürgermeister Streitz, Se. Durchlaucht der Prinz Ulrich von Schönburg-Waldenburg, der Präsident des Oberlandesgerichts Werner, der Kammerherr Sahrer v. Sahr auf Dahlen, der Königl. Leibarzt Generalarzt Dr. Jacobi, der Major Ehrig, die Rittmeister Krug von Ribba und v. Arnim, der Hauptmann Freiherr v. Koerner, der Secondelieutenant v. Einlebel im Schützen-Regiment Nr. 108, sowie die Secrétaire der Zweiten Kammer der Ständeverammlung Bürgermeister Ahner und Uhrmacher Reichmann.

Ueber die Versammlung des „Conservativen Vereins“, welche am Montag Abend in den „Drei Raben“ stattfand, entnehmen wir dem „Dr. Journ.“ Folgendes: „Gestern Abend fand im weichen Saale des Etablissements „Zu den drei Raben“ eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des „Conservativen Vereins“ statt, welche von dem Vorsitzenden, Herrn Hofrath Dr. Wehnert, geleitet wurde. Letzterer begrüßte die Anwesenden und theilte mit, daß Herr Landtagsabgeordneter Juliusruh Opitz durch Unwohlsein verhindert sei, den zugesagten Vortrag über die Wahlrechtsreform zu halten, und ersuchte hierauf dem Landtagsabgeordneten Herrn Antbrücker Dr. Kühlmorgen, welcher sich bereit erklärt hatte, den Vortrag zu übernehmen, das Wort. Dieser erklärte, daß er den Vortrag über die Vorgeschiede des Redner gab zunächst einen Ueberblick über die Vorgeschiede des Wahlrechts, wobei er betonte, daß die sozialdemokratischen Stimmen seit etwa 10 Jahren stark gewachsen seien, daß auch in Folge des Auftretens einer neuen politischen Partei, welche in der Vergebung der Wahlen hinter den Socialdemokraten kaum zurückbleibe, die Gefahr nahe gelegen habe, daß eine liberale socialdemokratische Abgeordnete in den Landtag eintreten und alledann der Gang der Gesetzgebung in Sachen voraussichtlich gehindert oder ungünstig beeinflusst werden könnte. Diese Erwägungen und das wiederholte Andringen der Socialdemokraten, das allgemeine directe Wahlrecht auch für den Landtag einzuführen, hätten schließlich den Gedanken an eine Aenderung des Wahlrechts nahe gelegt. Das jetzt dem Landtage vorliegende Wahlgesez schloß sich in einigen Punkten dem in Preußen geltenden Wahlrecht an; man habe sich aber mit Erfolg bemüht, dem Geseze den plutokratischen Charakter, welcher dem preussischen Wahlrecht anhafte, möglichst zu nehmen. Das preussische Gesez habe trotz seines plutokratischen Charakters seit 1848 ganz gut funktioniert. Redner ging sodann auf eine klare und verständliche Darstellung des neuen Gesezes ein, indem er auch Vergleiche des letzteren mit dem preussischen Geseze anstellte und die von der Deputation vorgebrachten Aenderungen erörterte. An Beispielen wies Redner ferner nach, daß die Besorgnis, der Mittelstand werde durch das Gesez geschädigt, unbegründet sei und daß das Wahlrecht lediglich in der Richtung wirken würde, daß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten beschränkt werde. Gegenüber den Angriffen der Professoren Sohm und Böhmer wies Redner darauf hin, daß das Wahlrecht nicht ein Recht sei, das jedem Menschen angeboren werde, sondern ein solches, welches der Staat verleihe und juristisch fassen könne, wenn es nichtbraucht werde. Ein solcher Mißbrauch liege in der socialdemokratischen Agitation vor. Gegenüber der Socialdemokratie befände sich die Gesamtheit der nichtsocialdemokratischen Parteien im Zustande der Nothwehr. Hoffentlich werde das Gesez den Erfolg haben, daß die Arbeiterchancen besser belehrt und wieder zu treuen Mitgliedern des Volkes und des Staates gemacht würden. Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag beendet hatte, ergingste Herr Hofrath Dr. Wehnert dessen Ausführungen und betonte, daß der erneute Antrag auf Einführung des directen Wahlrechts des Abg. Pfaffhöfer eine unerhörte Provocation barg, stellt habe. Auf einen großen Klop aber gab er einen groben Reil und die nichtsocialdemokratischen Parteien hätten sich entschlossen, diesen Angriffen ein Ende zu machen, so lange er nicht noch die Macht hierzu in den Händen hätten. Jetzt sähe sich jeder Vaterlandsfreund gegenüber der Regierung gezwungen an einer offenen Aussprache, auch dann, wenn man Wünsche durchzusetzen habe, weil man nicht den Socialdemokratischen Abgeordneten seien liefern wolle. Nicht die 14 Socialdemokratischen Abgeordneten seien die Gefahr, sondern die Art, in welcher sie im Landtage thätig seien und agitirten. Man wisse ja, wie die Volksschule vergiftet werde bei den Agitationen vor den Wahlen. Auch viele Gegner des neuen Wahlgesetzes seien mit einer Aenderung einverstanden; sie hätten nur gegen die Klassenwahl ihre Bedenken und hatten vorgeschlagen, den Census auf 10 Mk. zu erhöhen; aber dann hätten zahlreiche Wähler ihr Wahlrecht verloren. Redner wies an vielen Beispielen nach, daß der Mittelstand bei dem neuen Wahlgeseze den auswachsenden Factor bilden werde und dabei erhielten viele Tausende von Steuerzahlern das Wahlrecht, welche es bisher nicht besaßen hätten.

Ueber die Versammlung des „Conservativen Vereins“, welche am Montag Abend in den „Drei Raben“ stattfand, entnehmen wir dem „Dr. Journ.“ Folgendes: „Gestern Abend fand im weichen Saale des Etablissements „Zu den drei Raben“ eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des „Conservativen Vereins“ statt, welche von dem Vorsitzenden, Herrn Hofrath Dr. Wehnert, geleitet wurde. Letzterer begrüßte die Anwesenden und theilte mit, daß Herr Landtagsabgeordneter Juliusruh Opitz durch Unwohlsein verhindert sei, den zugesagten Vortrag über die Wahlrechtsreform zu halten, und ersuchte hierauf dem Landtagsabgeordneten Herrn Antbrücker Dr. Kühlmorgen, welcher sich bereit erklärt hatte, den Vortrag zu übernehmen, das Wort. Dieser erklärte, daß er den Vortrag über die Vorgeschiede des Redner gab zunächst einen Ueberblick über die Vorgeschiede des Wahlrechts, wobei er betonte, daß die sozialdemokratischen Stimmen seit etwa 10 Jahren stark gewachsen seien, daß auch in Folge des Auftretens einer neuen politischen Partei, welche in der Vergebung der Wahlen hinter den Socialdemokraten kaum zurückbleibe, die Gefahr nahe gelegen habe, daß eine liberale socialdemokratische Abgeordnete in den Landtag eintreten und alledann der Gang der Gesetzgebung in Sachen voraussichtlich gehindert oder ungünstig beeinflusst werden könnte. Diese Erwägungen und das wiederholte Andringen der Socialdemokraten, das allgemeine directe Wahlrecht auch für den Landtag einzuführen, hätten schließlich den Gedanken an eine Aenderung des Wahlrechts nahe gelegt. Das jetzt dem Landtage vorliegende Wahlgesez schloß sich in einigen Punkten dem in Preußen geltenden Wahlrecht an; man habe sich aber mit Erfolg bemüht, dem Geseze den plutokratischen Charakter, welcher dem preussischen Wahlrecht anhafte, möglichst zu nehmen. Das preussische Gesez habe trotz seines plutokratischen Charakters seit 1848 ganz gut funktioniert. Redner ging sodann auf eine klare und verständliche Darstellung des neuen Gesezes ein, indem er auch Vergleiche des letzteren mit dem preussischen Geseze anstellte und die von der Deputation vorgebrachten Aenderungen erörterte. An Beispielen wies Redner ferner nach, daß die Besorgnis, der Mittelstand werde durch das Gesez geschädigt, unbegründet sei und daß das Wahlrecht lediglich in der Richtung wirken würde, daß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten beschränkt werde. Gegenüber den Angriffen der Professoren Sohm und Böhmer wies Redner darauf hin, daß das Wahlrecht nicht ein Recht sei, das jedem Menschen angeboren werde, sondern ein solches, welches der Staat verleihe und juristisch fassen könne, wenn es nichtbraucht werde. Ein solcher Mißbrauch liege in der socialdemokratischen Agitation vor. Gegenüber der Socialdemokratie befände sich die Gesamtheit der nichtsocialdemokratischen Parteien im Zustande der Nothwehr. Hoffentlich werde das Gesez den Erfolg haben, daß die Arbeiterchancen besser belehrt und wieder zu treuen Mitgliedern des Volkes und des Staates gemacht würden. Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag beendet hatte, ergingste Herr Hofrath Dr. Wehnert dessen Ausführungen und betonte, daß der erneute Antrag auf Einführung des directen Wahlrechts des Abg. Pfaffhöfer eine unerhörte Provocation barg, stellt habe. Auf einen großen Klop aber gab er einen groben Reil und die nichtsocialdemokratischen Parteien hätten sich entschlossen, diesen Angriffen ein Ende zu machen, so lange er nicht noch die Macht hierzu in den Händen hätten. Jetzt sähe sich jeder Vaterlandsfreund gegenüber der Regierung gezwungen an einer offenen Aussprache, auch dann, wenn man Wünsche durchzusetzen habe, weil man nicht den Socialdemokratischen Abgeordneten seien liefern wolle. Nicht die 14 Socialdemokratischen Abgeordneten seien die Gefahr, sondern die Art, in welcher sie im Landtage thätig seien und agitirten. Man wisse ja, wie die Volksschule vergiftet werde bei den Agitationen vor den Wahlen. Auch viele Gegner des neuen Wahlgesetzes seien mit einer Aenderung einverstanden; sie hätten nur gegen die Klassenwahl ihre Bedenken und hatten vorgeschlagen, den Census auf 10 Mk. zu erhöhen; aber dann hätten zahlreiche Wähler ihr Wahlrecht verloren. Redner wies an vielen Beispielen nach, daß der Mittelstand bei dem neuen Wahlgeseze den auswachsenden Factor bilden werde und dabei erhielten viele Tausende von Steuerzahlern das Wahlrecht, welche es bisher nicht besaßen hätten.

Ueber die Versammlung des „Conservativen Vereins“, welche am Montag Abend in den „Drei Raben“ stattfand, entnehmen wir dem „Dr. Journ.“ Folgendes: „Gestern Abend fand im weichen Saale des Etablissements „Zu den drei Raben“ eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des „Conservativen Vereins“ statt, welche von dem Vorsitzenden, Herrn Hofrath Dr. Wehnert, geleitet wurde. Letzterer begrüßte die Anwesenden und theilte mit, daß Herr Landtagsabgeordneter Juliusruh Opitz durch Unwohlsein verhindert sei, den zugesagten Vortrag über die Wahlrechtsreform zu halten, und ersuchte hierauf dem Landtagsabgeordneten Herrn Antbrücker Dr. Kühlmorgen, welcher sich bereit erklärt hatte, den Vortrag zu übernehmen, das Wort. Dieser erklärte, daß er den Vortrag über die Vorgeschiede des Redner gab zunächst einen Ueberblick über die Vorgeschiede des Wahlrechts, wobei er betonte, daß die sozialdemokratischen Stimmen seit etwa 10 Jahren stark gewachsen seien, daß auch in Folge des Auftretens einer neuen politischen Partei, welche in der Vergebung der Wahlen hinter den Socialdemokraten kaum zurückbleibe, die Gefahr nahe gelegen habe, daß eine liberale socialdemokratische Abgeordnete in den Landtag eintreten und alledann der Gang der Gesetzgebung in Sachen voraussichtlich gehindert oder ungünstig beeinflusst werden könnte. Diese Erwägungen und das wiederholte Andringen der Socialdemokraten, das allgemeine directe Wahlrecht auch für den Landtag einzuführen, hätten schließlich den Gedanken an eine Aenderung des Wahlrechts nahe gelegt. Das jetzt dem Landtage vorliegende Wahlgesez schloß sich in einigen Punkten dem in Preußen geltenden Wahlrecht an; man habe sich aber mit Erfolg bemüht, dem Geseze den plutokratischen Charakter, welcher dem preussischen Wahlrecht anhafte, möglichst zu nehmen. Das preussische Gesez habe trotz seines plutokratischen Charakters seit 1848 ganz gut funktioniert. Redner ging sodann auf eine klare und verständliche Darstellung des neuen Gesezes ein, indem er auch Vergleiche des letzteren mit dem preussischen Geseze anstellte und die von der Deputation vorgebrachten Aenderungen erörterte. An Beispielen wies Redner ferner nach, daß die Besorgnis, der Mittelstand werde durch das Gesez geschädigt, unbegründet sei und daß das Wahlrecht lediglich in der Richtung wirken würde, daß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten beschränkt werde. Gegenüber den Angriffen der Professoren Sohm und Böhmer wies Redner darauf hin, daß das Wahlrecht nicht ein Recht sei, das jedem Menschen angeboren werde, sondern ein solches, welches der Staat verleihe und juristisch fassen könne, wenn es nichtbraucht werde. Ein solcher Mißbrauch liege in der socialdemokratischen Agitation vor. Gegenüber der Socialdemokratie befände sich die Gesamtheit der nichtsocialdemokratischen Parteien im Zustande der Nothwehr. Hoffentlich werde das Gesez den Erfolg haben, daß die Arbeiterchancen besser belehrt und wieder zu treuen Mitgliedern des Volkes und des Staates gemacht würden. Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag beendet hatte, ergingste Herr Hofrath Dr. Wehnert dessen Ausführungen und betonte, daß der erneute Antrag auf Einführung des directen Wahlrechts des Abg. Pfaffhöfer eine unerhörte Provocation barg, stellt habe. Auf einen großen Klop aber gab er einen groben Reil und die nichtsocialdemokratischen Parteien hätten sich entschlossen, diesen Angriffen ein Ende zu machen, so lange er nicht noch die Macht hierzu in den Händen hätten. Jetzt sähe sich jeder Vaterlandsfreund gegenüber der Regierung gezwungen an einer offenen Aussprache, auch dann, wenn man Wünsche durchzusetzen habe, weil man nicht den Socialdemokratischen Abgeordneten seien liefern wolle. Nicht die 14 Socialdemokratischen Abgeordneten seien die Gefahr, sondern die Art, in welcher sie im Landtage thätig seien und agitirten. Man wisse ja, wie die Volksschule vergiftet werde bei den Agitationen vor den Wahlen. Auch viele Gegner des neuen Wahlgesetzes seien mit einer Aenderung einverstanden; sie hätten nur gegen die Klassenwahl ihre Bedenken und hatten vorgeschlagen, den Census auf 10 Mk. zu erhöhen; aber dann hätten zahlreiche Wähler ihr Wahlrecht verloren. Redner wies an vielen Beispielen nach, daß der Mittelstand bei dem neuen Wahlgeseze den auswachsenden Factor bilden werde und dabei erhielten viele Tausende von Steuerzahlern das Wahlrecht, welche es bisher nicht besaßen hätten.

Ueber die Versammlung des „Conservativen Vereins“, welche am Montag Abend in den „Drei Raben“ stattfand, entnehmen wir dem „Dr. Journ.“ Folgendes: „Gestern Abend fand im weichen Saale des Etablissements „Zu den drei Raben“ eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des „Conservativen Vereins“ statt, welche von dem Vorsitzenden, Herrn Hofrath Dr. Wehnert, geleitet wurde. Letzterer begrüßte die Anwesenden und theilte mit, daß Herr Landtagsabgeordneter Juliusruh Opitz durch Unwohlsein verhindert sei, den zugesagten Vortrag über die Wahlrechtsreform zu halten, und ersuchte hierauf dem Landtagsabgeordneten Herrn Antbrücker Dr. Kühlmorgen, welcher sich bereit erklärt hatte, den Vortrag zu übernehmen, das Wort. Dieser erklärte, daß er den Vortrag über die Vorgeschiede des Redner gab zunächst einen Ueberblick über die Vorgeschiede des Wahlrechts, wobei er betonte, daß die sozialdemokratischen Stimmen seit etwa 10 Jahren stark gewachsen seien, daß auch in Folge des Auftretens einer neuen politischen Partei, welche in der Vergebung der Wahlen hinter den Socialdemokraten kaum zurückbleibe, die Gefahr nahe gelegen habe, daß eine liberale socialdemokratische Abgeordnete in den Landtag eintreten und alledann der Gang der Gesetzgebung in Sachen voraussichtlich gehindert oder ungünstig beeinflusst werden könnte. Diese Erwägungen und das wiederholte Andringen der Socialdemokraten, das allgemeine directe Wahlrecht auch für den Landtag einzuführen, hätten schließlich den Gedanken an eine Aenderung des Wahlrechts nahe gelegt. Das jetzt dem Landtage vorliegende Wahlgesez schloß sich in einigen Punkten dem in Preußen geltenden Wahlrecht an; man habe sich aber mit Erfolg bemüht, dem Geseze den plutokratischen Charakter, welcher dem preussischen Wahlrecht anhafte, möglichst zu nehmen. Das preussische Gesez habe trotz seines plutokratischen Charakters seit 1848 ganz gut funktioniert. Redner ging sodann auf eine klare und verständliche Darstellung des neuen Gesezes ein, indem er auch Vergleiche des letzteren mit dem preussischen Geseze anstellte und die von der Deputation vorgebrachten Aenderungen erörterte. An Beispielen wies Redner ferner nach, daß die Besorgnis, der Mittelstand werde durch das Gesez geschädigt, unbegründet sei und daß das Wahlrecht lediglich in der Richtung wirken würde, daß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten beschränkt werde. Gegenüber den Angriffen der Professoren Sohm und Böhmer wies Redner darauf hin, daß das Wahlrecht nicht ein Recht sei, das jedem Menschen angeboren werde, sondern ein solches, welches der Staat verleihe und juristisch fassen könne, wenn es nichtbraucht werde. Ein solcher Mißbrauch liege in der socialdemokratischen Agitation vor. Gegenüber der Socialdemokratie befände sich die Gesamtheit der nichtsocialdemokratischen Parteien im Zustande der Nothwehr. Hoffentlich werde das Gesez den Erfolg haben, daß die Arbeiterchancen besser belehrt und wieder zu treuen Mitgliedern des Volkes und des Staates gemacht würden. Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag beendet hatte, ergingste Herr Hofrath Dr. Wehnert dessen Ausführungen und betonte, daß der erneute Antrag auf Einführung des directen Wahlrechts des Abg. Pfaffhöfer eine unerhörte Provocation barg, stellt habe. Auf einen großen Klop aber gab er einen groben Reil und die nichtsocialdemokratischen Parteien hätten sich entschlossen, diesen Angriffen ein Ende zu machen, so lange er nicht noch die Macht hierzu in den Händen hätten. Jetzt sähe sich jeder Vaterlandsfreund gegenüber der Regierung gezwungen an einer offenen Aussprache, auch dann, wenn man Wünsche durchzusetzen habe, weil man nicht den Socialdemokratischen Abgeordneten seien liefern wolle. Nicht die 14 Socialdemokratischen Abgeordneten seien die Gefahr, sondern die Art, in welcher sie im Landtage thätig seien und agitirten. Man wisse ja, wie die Volksschule vergiftet werde bei den Agitationen vor den Wahlen. Auch viele Gegner des neuen Wahlgesetzes seien mit einer Aenderung einverstanden; sie hätten nur gegen die Klassenwahl ihre Bedenken und hatten vorgeschlagen, den Census auf 10 Mk. zu erhöhen; aber dann hätten zahlreiche Wähler ihr Wahlrecht verloren. Redner wies an vielen Beispielen nach, daß der Mittelstand bei dem neuen Wahlgeseze den auswachsenden Factor bilden werde und dabei erhielten viele Tausende von Steuerzahlern das Wahlrecht, welche es bisher nicht besaßen hätten.

Ueber die Versammlung des „Conservativen Vereins“, welche am Montag Abend in den „Drei Raben“ stattfand, entnehmen wir dem „Dr. Journ.“ Folgendes: „Gestern Abend fand im weichen Saale des Etablissements „Zu den drei Raben“ eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des „Conservativen Vereins“ statt, welche von dem Vorsitzenden, Herrn Hofrath Dr. Wehnert, geleitet wurde. Letzterer begrüßte die Anwesenden und theilte mit, daß Herr Landtagsabgeordneter Juliusruh Opitz durch Unwohlsein verhindert sei, den zugesagten Vortrag über die Wahlrechtsreform zu halten, und ersuchte hierauf dem Landtagsabgeordneten Herrn Antbrücker Dr. Kühlmorgen, welcher sich bereit erklärt hatte, den Vortrag zu übernehmen, das Wort. Dieser erklärte, daß er den Vortrag über die Vorgeschiede des Redner gab zunächst einen Ueberblick über die Vorgeschiede des Wahlrechts, wobei er betonte, daß die sozialdemokratischen Stimmen seit etwa 10 Jahren stark gewachsen seien, daß auch in Folge des Auftretens einer neuen politischen Partei, welche in der Vergebung der Wahlen hinter den Socialdemokraten kaum zurückbleibe, die Gefahr nahe gelegen habe, daß eine liberale socialdemokratische Abgeordnete in den Landtag eintreten und alledann der Gang der Gesetzgebung in Sachen voraussichtlich gehindert oder ungünstig beeinflusst werden könnte. Diese Erwägungen und das wiederholte Andringen der Socialdemokraten, das allgemeine directe Wahlrecht auch für den Landtag einzuführen, hätten schließlich den Gedanken an eine Aenderung des Wahlrechts nahe gelegt. Das jetzt dem Landtage vorliegende Wahlgesez schloß sich in einigen Punkten dem in Preußen geltenden Wahlrecht an; man habe sich aber mit Erfolg bemüht, dem Geseze den plutokratischen Charakter, welcher dem preussischen Wahlrecht anhafte, möglichst zu nehmen. Das preussische Gesez habe trotz seines plutokratischen Charakters seit 1848 ganz gut funktioniert. Redner ging sodann auf eine klare und verständliche Darstellung des neuen Gesezes ein, indem er auch Vergleiche des letzteren mit dem preussischen Geseze anstellte und die von der Deputation vorgebrachten Aenderungen erörterte. An Beispielen wies Redner ferner nach, daß die Besorgnis, der Mittelstand werde durch das Gesez geschädigt, unbegründet sei und daß das Wahlrecht lediglich in der Richtung wirken würde, daß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten beschränkt werde. Gegenüber den Angriffen der Professoren Sohm und Böhmer wies Redner darauf hin, daß das Wahlrecht nicht ein Recht sei, das jedem Menschen angeboren werde, sondern ein solches, welches der Staat verleihe und juristisch fassen könne, wenn es nichtbraucht werde. Ein solcher Mißbrauch liege in der socialdemokratischen Agitation vor. Gegenüber der Socialdemokratie befände sich die Gesamtheit der nichtsocialdemokratischen Parteien im Zustande der Nothwehr. Hoffentlich werde das Gesez den Erfolg haben, daß die Arbeiterchancen besser belehrt und wieder zu treuen Mitgliedern des Volkes und des Staates gemacht würden. Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag beendet hatte, ergingste Herr Hofrath Dr. Wehnert dessen Ausführungen und betonte, daß der erneute Antrag auf Einführung des directen Wahlrechts des Abg. Pfaffhöfer eine unerhörte Provocation barg, stellt habe. Auf einen großen Klop aber gab er einen groben Reil und die nichtsocialdemokratischen Parteien hätten sich entschlossen, diesen Angriffen ein Ende zu machen, so lange er nicht noch die Macht hierzu in den Händen hätten. Jetzt sähe sich jeder Vaterlandsfreund gegenüber der Regierung gezwungen an einer offenen Aussprache, auch dann, wenn man Wünsche durchzusetzen habe, weil man nicht den Socialdemokratischen Abgeordneten seien liefern wolle. Nicht die 14 Socialdemokratischen Abgeordneten seien die Gefahr, sondern die Art, in welcher sie im Landtage thätig seien und agitirten. Man wisse ja, wie die Volksschule vergiftet werde bei den Agitationen vor den Wahlen. Auch viele Gegner des neuen Wahlgesetzes seien mit einer Aenderung einverstanden; sie hätten nur gegen die Klassenwahl ihre Bedenken und hatten vorgeschlagen, den Census auf 10 Mk. zu erhöhen; aber dann hätten zahlreiche Wähler ihr Wahlrecht verloren. Redner wies an vielen Beispielen nach, daß der Mittelstand bei dem neuen Wahlgeseze den auswachsenden Factor bilden werde und dabei erhielten viele Tausende von Steuerzahlern das Wahlrecht, welche es bisher nicht besaßen hätten.

Ueber die Versammlung des „Conservativen Vereins“, welche am Montag Abend in den „Drei Raben“ stattfand, entnehmen wir dem „Dr. Journ.“ Folgendes: „Gestern Abend fand im weichen Saale des Etablissements „Zu den drei Raben“ eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des „Conservativen Vereins“ statt, welche von dem Vorsitzenden, Herrn Hofrath Dr. Wehnert, geleitet wurde. Letzterer begrüßte die Anwesenden und theilte mit, daß Herr Landtagsabgeordneter Juliusruh Opitz durch Unwohlsein verhindert sei, den zugesagten Vortrag über die Wahlrechtsreform zu halten, und ersuchte hierauf dem Landtagsabgeordneten Herrn Antbrücker Dr. Kühlmorgen, welcher sich bereit erklärt hatte, den Vortrag zu übernehmen, das Wort. Dieser erklärte, daß er den Vortrag über die Vorgeschiede des Redner gab zunächst einen Ueberblick über die Vorgeschiede des Wahlrechts, wobei er betonte, daß die sozialdemokratischen Stimmen seit etwa 10 Jahren stark gewachsen seien, daß auch in Folge des Auftretens einer neuen politischen Partei, welche in der Vergebung der Wahlen hinter den Socialdemokraten kaum zurückbleibe, die Gefahr nahe gelegen habe, daß eine liberale socialdemokratische Abgeordnete in den Landtag eintreten und alledann der Gang der Gesetzgebung in Sachen voraussichtlich gehindert oder ungünstig beeinflusst werden könnte. Diese Erwägungen und das wiederholte Andringen der Socialdemokraten, das allgemeine directe Wahlrecht auch für den Landtag einzuführen, hätten schließlich den Gedanken an eine Aenderung des Wahlrechts nahe gelegt. Das jetzt dem Landtage vorliegende Wahlgesez schloß sich in einigen Punkten dem in Preußen geltenden Wahlrecht an; man habe sich aber mit Erfolg bemüht, dem Geseze den plutokratischen Charakter, welcher dem preussischen Wahlrecht anhafte, möglichst zu nehmen. Das preussische Gesez habe trotz seines plutokratischen Charakters seit 1848 ganz gut funktioniert. Redner ging sodann auf eine klare und verständliche Darstellung des neuen Gesezes ein, indem er auch Vergleiche des letzteren mit dem preussischen Geseze anstellte und die von der Deputation vorgebrachten Aenderungen erörterte. An Beispielen wies Redner ferner nach, daß die Besorgnis, der Mittelstand werde durch das Gesez geschädigt, unbegründet sei und daß das Wahlrecht lediglich in der Richtung wirken würde, daß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten beschränkt werde. Gegenüber den Angriffen der Professoren Sohm und Böhmer wies Redner darauf hin, daß das Wahlrecht nicht ein Recht sei, das jedem Menschen angeboren werde, sondern ein solches, welches der Staat verleihe und juristisch fassen könne, wenn es nichtbraucht werde. Ein solcher Mißbrauch liege in der socialdemokratischen Agitation vor. Gegenüber der Socialdemokratie befände sich die Gesamtheit der nichtsocialdemokratischen Parteien im Zustande der Nothwehr. Hoffentlich werde das Gesez den Erfolg haben, daß die Arbeiterchancen besser belehrt und wieder zu treuen Mitgliedern des Volkes und des Staates gemacht würden. Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag beendet hatte, ergingste Herr Hofrath Dr. Wehnert dessen Ausführungen und betonte, daß der erneute Antrag auf Einführung des directen Wahlrechts des Abg. Pfaffhöfer eine unerhörte Provocation barg, stellt habe. Auf einen großen Klop aber gab er einen groben Reil und die nichtsocialdemokratischen Parteien hätten sich entschlossen, diesen Angriffen ein Ende zu machen, so lange er nicht noch die Macht hierzu in den Händen hätten. Jetzt sähe sich jeder Vaterlandsfreund gegenüber der Regierung gezwungen an einer offenen Aussprache, auch dann, wenn man Wünsche durchzusetzen habe, weil man nicht den Socialdemokratischen Abgeordneten seien liefern wolle. Nicht die 14 Socialdemokratischen Abgeordneten seien die Gefahr, sondern die Art, in welcher sie im Landtage thätig seien und agitirten. Man wisse ja, wie die Volksschule vergiftet werde bei den Agitationen vor den Wahlen. Auch viele Gegner des neuen Wahlgesetzes seien mit einer Aenderung einverstanden; sie hätten nur gegen die Klassenwahl ihre Bedenken und hatten vorgeschlagen, den Census auf 10 Mk. zu erhöhen; aber dann hätten zahlreiche Wähler ihr Wahlrecht verloren. Redner wies an vielen Beispielen nach, daß der Mittelstand bei dem neuen Wahlgeseze den auswachsenden Factor bilden werde und dabei erhielten viele Tausende von Steuerzahlern das Wahlrecht, welche es bisher nicht besaßen hätten.

Ueber die Versammlung des „Conservativen Vereins“, welche am Montag Abend in den „Drei Raben“ stattfand, entnehmen wir dem „Dr. Journ.“ Folgendes: „Gestern Abend fand im weichen Saale des Etablissements „Zu den drei Raben“ eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des „Conservativen Vereins“ statt, welche von dem Vorsitzenden, Herrn Hofrath Dr. Wehnert, geleitet wurde. Letzterer begrüßte die Anwesenden und theilte mit, daß Herr Landtagsabgeordneter Juliusruh Opitz durch Unwohlsein verhindert sei, den zugesagten Vortrag über die Wahlrechtsreform zu halten, und ersuchte hierauf dem Landtagsabgeordneten Herrn Antbrücker Dr. Kühlmorgen, welcher sich bereit erklärt hatte, den Vortrag zu übernehmen, das Wort. Dieser erklärte, daß er den Vortrag über die Vorgeschiede des Redner gab zunächst einen Ueberblick über die Vorgeschiede des Wahlrechts, wobei er betonte, daß die sozialdemokratischen Stimmen seit etwa 10 Jahren stark gewachsen seien, daß auch in Folge des Auftretens einer neuen politischen Partei, welche in der Vergebung der Wahlen hinter den Socialdemokraten kaum zurückbleibe, die Gefahr nahe gelegen habe, daß eine liberale socialdemokratische Abgeordnete in den Landtag eintreten und alledann der Gang der Gesetzgebung in Sachen voraussichtlich gehindert oder ungünstig beeinflusst werden könnte. Diese Erwägungen und das wiederholte Andringen der Socialdemokraten, das allgemeine directe Wahlrecht auch für den Landtag einzuführen, hätten schließlich den Gedanken an eine Aenderung des Wahlrechts nahe gelegt. Das jetzt dem Landtage vorliegende Wahlgesez schloß sich in einigen Punkten dem in Preußen geltenden Wahlrecht an; man habe sich aber mit Erfolg bemüht, dem Geseze den plutokratischen Charakter, welcher dem preussischen Wahlrecht anhafte, möglichst zu nehmen. Das preussische Gesez habe trotz seines plutokratischen Charakters seit 1848 ganz gut funktioniert. Redner ging sodann auf eine klare und verständliche Darstellung des neuen Gesezes ein, indem er auch Vergleiche des letzteren mit dem preussischen Geseze anstellte und die von der Deputation vorgebrachten Aenderungen erörterte. An Beispielen wies Redner ferner nach, daß die Besorgnis, der Mittelstand werde durch das Gesez geschädigt, unbegründet sei und daß das Wahlrecht lediglich in der Richtung wirken würde, daß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten beschränkt werde. Gegenüber den Angriffen der Professoren Sohm und Böhmer wies Redner darauf hin, daß das Wahlrecht nicht ein Recht sei, das jedem Menschen angeboren werde, sondern ein solches, welches der Staat verleihe und juristisch fassen könne, wenn es nichtbraucht werde. Ein solcher Mißbrauch liege in der socialdemokratischen Agitation vor. Gegenüber der Socialdemokratie befände sich die Gesamtheit der nichtsocialdemokratischen Parteien im Zustande der Nothwehr. Hoffentlich werde das Gesez den Erfolg haben, daß die Arbeiterchancen besser belehrt und wieder zu treuen Mitgliedern des Volkes und des Staates gemacht würden. Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag beendet hatte, ergingste Herr Hofrath Dr. Wehnert dessen Ausführungen und betonte, daß der erneute Antrag auf Einführung des directen Wahlrechts des Abg. Pfaffhöfer eine unerhörte Provocation barg, stellt habe. Auf einen großen Klop aber gab er einen groben Reil und die nichtsocialdemokratischen Parteien hätten sich entschlossen, diesen Angriffen ein Ende zu machen, so lange er nicht noch die Macht hierzu in den Händen hätten. Jetzt sähe sich jeder Vaterlandsfreund gegenüber der Regierung gezwungen an einer offenen Aussprache, auch dann, wenn man Wünsche durchzusetzen habe, weil man nicht den Socialdemokratischen Abgeordneten seien liefern wolle. Nicht die 14 Socialdemokratischen Abgeordneten seien die Gefahr, sondern die Art, in welcher sie im Landtage thätig seien und agitirten. Man wisse ja, wie die Volksschule vergiftet werde bei den Agitationen vor den Wahlen. Auch viele Gegner des neuen Wahlgesetzes seien mit einer Aenderung einverstanden; sie hätten nur gegen die Klassenwahl ihre Bedenken und hatten vorgeschlagen, den Census auf 10 Mk. zu erhöhen; aber dann hätten zahlreiche Wähler ihr Wahlrecht verloren. Redner wies an vielen Beispielen nach, daß der Mittelstand bei dem neuen Wahlgeseze den auswachsenden Factor bilden werde und dabei erhielten viele Tausende von Steuerzahlern das Wahlrecht, welche es bisher nicht besaßen hätten.

Ueber die Versammlung des „Conservativen Vereins“, welche am Montag Abend in den „Drei Raben“ stattfand, entnehmen wir dem „Dr. Journ.“ Folgendes: „Gestern Abend fand im weichen Saale des Etablissements „Zu den drei Raben“ eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des „Conservativen Vereins“ statt, welche von dem Vorsitzenden, Herrn Hofrath Dr. Wehnert, geleitet wurde. Letzterer begrüßte die Anwesenden und theilte mit, daß Herr Landtagsabgeordneter Juliusruh Opitz durch Unwohlsein verhindert sei, den zugesagten Vortrag über die Wahlrechtsreform zu halten, und ersuchte hierauf dem Landtagsabgeordneten Herrn Antbrücker Dr. Kühlmorgen, welcher sich bereit erklärt hatte, den Vortrag zu übernehmen, das Wort. Dieser erklärte, daß er den Vortrag über die Vorgeschiede des Redner gab zunächst einen Ueberblick über die Vorgeschiede des Wahlrechts, wobei er betonte, daß die sozialdemokratischen Stimmen seit etwa 10 Jahren stark gewachsen seien, daß auch in Folge des Auftretens einer neuen politischen Partei, welche in der Vergebung der Wahlen hinter den Socialdemokraten kaum zurückbleibe, die Gefahr nahe gelegen habe, daß eine liberale socialdemokratische Abgeordnete in den Landtag eintreten und alledann der Gang der Gesetzgebung in Sachen voraussichtlich gehindert oder ungünstig beeinflusst werden könnte. Diese Erwägungen und das wiederholte Andringen der Socialdemokraten, das allgemeine directe Wahlrecht auch für den Landtag einzuführen, hätten schließlich den Gedanken an eine Aenderung des Wahlrechts nahe gelegt. Das jetzt dem Landtage vorliegende Wahlgesez schloß sich in einigen Punkten dem in Preußen geltenden Wahlrecht an; man habe sich aber mit Erfolg bemüht, dem Geseze den plutokratischen Charakter, welcher dem preussischen Wahlrecht anhafte, möglichst zu nehmen. Das preussische Gesez habe trotz seines plutokratischen Charakters seit 1848 ganz gut funktioniert. Redner ging sodann auf eine klare und verständliche Darstellung des neuen Gesezes ein, indem er auch Vergleiche des letzteren mit dem preussischen Geseze anstellte und die von der Deputation vorgebrachten Aenderungen erörterte. An Beispielen wies Redner ferner nach, daß die Besorgnis, der Mittelstand werde durch das Gesez geschädigt, unbegründet sei und daß das Wahlrecht lediglich in der Richtung wirken würde, daß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten beschränkt werde. Gegenüber den Angriffen der Professoren Sohm und Böhmer wies Redner darauf hin, daß das Wahlrecht nicht ein Recht sei, das jedem Menschen angeboren werde, sondern ein solches, welches der Staat verleihe und juristisch fassen könne, wenn es nichtbraucht werde. Ein solcher Mißbrauch liege in der socialdemokratischen Agitation vor. Gegenüber der Socialdemokratie befände sich die Gesamtheit der nichtsocialdemokratischen Parteien im Zustande der Nothwehr. Hoffentlich werde das Gesez den Erfolg haben, daß die Arbeiterchancen besser belehrt und wieder zu treuen Mitgliedern des Volkes und des Staates gemacht würden. Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag beendet hatte, ergingste Herr Hofrath Dr. Wehnert dessen Ausführungen und betonte, daß der erneute Antrag auf Einführung des directen Wahlrechts des Abg. Pfaffhöfer eine unerhörte Provocation barg, stellt habe. Auf einen großen Klop aber gab er einen groben Reil und die nichtsocialdemokratischen Parteien hätten sich entschlossen, diesen Angriffen ein Ende zu machen, so lange er nicht noch die Macht hierzu in den Händen hätten. Jetzt sähe sich jeder Vaterlandsfreund gegenüber der Regierung gezwungen an einer offenen Aussprache, auch dann, wenn man Wünsche durchzusetzen habe, weil man nicht den Socialdemokratischen Abgeordneten seien liefern wolle. Nicht die 14 Socialdemokratischen Abgeordneten seien die Gefahr, sondern die Art, in welcher sie im Landtage thätig seien und agitirten. Man wisse ja, wie die Volksschule vergiftet werde bei den Agitationen vor den Wahlen. Auch viele Gegner des neuen Wahlgesetzes seien mit einer Aenderung einverstanden; sie hätten nur gegen die Klassenwahl ihre Bedenken und hatten vorgeschlagen, den Census auf 10 Mk. zu erhöhen; aber dann hätten zahlreiche Wähler ihr Wahlrecht verloren. Redner wies an vielen Beispielen nach, daß der Mittelstand bei dem neuen Wahlgeseze den auswachsenden Factor bilden werde und dabei erhielten viele Tausende von Steuerzahlern das Wahlrecht, welche es bisher nicht besaßen hätten.

Ueber die Versammlung des „Conservativen Vereins“, welche am Montag Abend in den „Drei Raben“ stattfand, entnehmen wir dem „Dr. Journ.“ Folgendes: „Gestern Abend fand im weichen Saale des Etablissements „Zu den drei Raben“ eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des „Conservativen Vereins“ statt, welche von dem Vorsitzenden, Herrn Hofrath Dr. Wehnert, geleitet wurde. Letzterer begrüßte die Anwesenden und theilte mit, daß Herr Landtagsabgeordneter Juliusruh Opitz durch Unwohlsein verhindert sei, den zugesagten Vortrag über die Wahlrechtsreform zu halten, und ersuchte hierauf dem Landtagsabgeordneten Herrn Antbrücker Dr. Kühlmorgen, welcher sich bereit erklärt hatte, den Vortrag zu übernehmen, das Wort. Dieser erklärte, daß er den Vortrag über die Vorgeschiede des Redner gab zunächst einen Ueberblick über die Vorgeschiede des Wahlrechts, wobei er betonte, daß die sozialdemokratischen Stimmen seit etwa 10 Jahren stark gewachsen seien, daß auch in Folge des Auftretens einer neuen politischen Partei, welche in der Vergebung der Wahlen hinter den Socialdemokraten kaum zurückbleibe, die Gefahr nahe gelegen habe, daß eine liberale socialdemokratische Abgeordnete in den Landtag eintreten und alledann der Gang der Gesetzgebung in Sachen voraussichtlich gehindert oder ungünstig beeinflusst werden könnte. Diese Erwägungen und das wiederholte Andringen der Socialdemokraten, das allgemeine directe Wahlrecht auch für den Landtag einzuführen, hätten schließlich den Gedanken an eine Aenderung des Wahlrechts nahe gelegt. Das jetzt dem Landtage vorliegende Wahlgesez schloß sich in einigen Punkten dem in Preußen geltenden Wahlrecht an; man habe sich aber mit Erfolg bemüht, dem Geseze den plutokratischen Charakter, welcher dem preussischen Wahlrecht anhafte, möglichst zu nehmen. Das preussische Gesez habe trotz seines plutokratischen Charakters seit 1848 ganz gut funktioniert. Redner ging sodann auf eine klare und verständliche Darstellung des neuen Gesezes ein, indem er auch Vergleiche des letzteren mit dem preussischen Geseze anstellte und die von der Deputation vorgebrachten Aenderungen erörterte. An Beispielen wies Redner ferner nach, daß die Besorgnis, der Mittelstand werde durch das Gesez geschädigt, unbegründet sei und daß das Wahlrecht lediglich in der Richtung wirken würde, daß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten beschränkt werde. Gegenüber den Angriffen der Professoren Sohm und Böhmer wies Redner darauf hin, daß das Wahlrecht nicht ein Recht sei, das jedem Menschen angeboren werde, sondern ein solches, welches der Staat verleihe und juristisch fassen könne, wenn es nichtbraucht werde. Ein solcher Mißbrauch liege in der socialdemokratischen Agitation vor. Gegenüber der Socialdemokratie befände sich die Gesamtheit der nichtsocialdemokratischen Parteien im Zustande der Nothwehr. Hoffentlich werde das Gesez den Erfolg haben, daß die Arbeiterchancen besser belehrt und wieder zu treuen Mitgliedern des Volkes und des Staates gemacht würden. Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag beendet hatte, ergingste Herr Hofrath Dr. Wehnert dessen Ausführungen und betonte, daß der erneute Antrag auf Einführung des directen Wahlrechts des Abg. Pfaffhöfer eine unerhörte Provocation barg, stellt habe. Auf einen großen Klop aber gab er einen groben Reil und die nichtsocialdemokratischen Parteien hätten sich entschlossen, diesen Angriffen ein Ende zu machen, so lange er nicht noch die Macht hierzu in den Händen hätten. Jetzt sähe sich jeder Vaterlandsfreund gegenüber der Regierung gezwungen an einer offenen Aussprache, auch dann, wenn man Wünsche durchzusetzen habe, weil man nicht den Socialdemokratischen Abgeordneten seien liefern wolle. Nicht die 14 Socialdemokratischen Abgeordneten seien die Gefahr, sondern die Art, in welcher sie im Landtage thätig seien und agitirten. Man wisse ja, wie die Volksschule vergiftet werde bei den Agitationen vor den Wahlen. Auch viele Gegner des neuen Wahlgesetzes seien mit einer Aenderung einverstanden; sie hätten nur gegen die Klassenwahl ihre Bedenken und hatten vorgeschlagen, den Census auf 10 Mk. zu erhöhen; aber dann hätten zahlreiche Wähler ihr Wahlrecht verloren. Redner wies an vielen Beispielen nach, daß der Mittelstand bei dem neuen Wahlgeseze den auswachsenden Factor bilden werde und dabei erhielten viele Tausende von Steuerzahlern das Wahlrecht, welche es bisher nicht besaßen hätten.

<